

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.



Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Gehälter Anzeigen die
3 gesparte Kolonel-Zeile
50 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

... Der Gedanke, daß der einzelne im wirtschaftlichen Kampfe machtlos ist, gegen Schäden, die in seinem Erwerbszweige bestehen und entstehen, anzukämpfen, hat immer mehr dazu geführt, daß sich Gleichinteressierte zusammentreten, um geschlossen mit größerer Stoffkraft das zu erreichen, was der einzelne nicht vermögt. Es zeigte sich, daß ein vernünftigemäßiges, gemeinsames Zusammenarbeiten von Berufsgenossen zu wirtschaftlicher Stärkung und Gesundung aller führt. . . .

Rundschreiben des Verbandes der Zelluloid-Industriellen im Jahre 1917.

Steuern — Löhne.

Jeder Haushaltungsvorstand muß darauf bedacht sein, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten. Übersteigen die Ausgaben regelmäßig die Einnahmen, so schließt man daraus auf eine ungesunde, unter Umständen auf eine leichtsinnige Wirtschaft, dessen Folge der Zusammenbruch ist. Um einen solchen zu vermeiden, müssen beizetzen die Ausgaben vermindert oder die Einnahmen erhöht werden; oder es muß beides zugleich geschehen. Lassen sich die unbedingt notwendigen Ausgaben nicht einschränken, so gilt es Umschau zu halten nach erhöhten Einnahmen. In dieser Lage befindet sich gegenwärtig das Deutsche Reich. In einer dem Reichstage zugegangenen Vorlage werden drei Milliarden neuer Steuern nach altem System angefordert. Der größte Teil dieser Summe soll wieder auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht werden. Am stärksten sollen Bier und Branntwein belastet werden. Aber auch alkoholfreie Getränke bleiben nicht verschont. Desgleichen Kaffee, Tee, Kakao. Wein und Schaumwein kommen ja für die Arbeiterschaft weniger in Betracht. Vor den Getränkesteuer gibt es also kein Entrinnen. Außerdem werden wir beglückt mit einer Umsatzsteuer, mit erhöhten Postgebühren usw. Ein ganz annehmliches indirektes Bußgeld. Mit den Steuern selbst wollen wir uns hier nicht befassen, sondern nur mit ihren Wirkungen.

Directe Steuern lassen sich entsprechend dem Einkommen absteuern, indirekte dagegen nicht. Deshalb wirken indirekte Steuern immer progressiv nach unten, weil ihr Betrag gleich ist, sowohl für den Besitzenden wie für den Nichtbesitzenden. Beide bezahlen für Kaffee, Tee, Bier, Briefporto usw. denselben Preis. Deshalb ergeben zum Beispiel 100 Mark indirekte Steuern bei einem Jahreseinkommen von 3000 Mark 3,3 Prozent, bei 100.000 Mark Einkommen nur 0,1 Prozent. Im ersten Falle beträgt die Steuer auf je 100 Mark Einkommen 3,30 Mark, im zweiten Falle nur 10 Pf.

Der Haushaltungsvorstand des Deutschen Reiches hat sich also nach höheren Einnahmen umgesehen, weil er bestimmte Ausgaben nicht mehr einschränken kann. Seine Einnahmen nimmt er vom Steuerzahler. Der hauptsächlichste Steuerzahler ist und war von jener der Konsumt, oder besser die große Masse der Konsumt. Erhöhte Steuern bedeuten aber für die Konsumt ein erhöhte Ausgaben, die zum Einkommen nicht mehr im richtigen Verhältnis stehen. Es muß also auch ein Ausgleich geschaffen werden. Für die Arbeiterschaft gibt es da nur eine Möglichkeit, die Einnahmen zu erhöhen. Sie muß versuchen, die Lohnhöhe nach oben zu bringen.

Nun kündigen die Unternehmer seit längerer Zeit den Abbau der Löhne nach dem Kriege an, obwohl die Arbeiterschaft mit den heutigen Löhnen gar nicht instande ist, sich das zu beschaffen, was sie für den Augenblick nötig hätte. Ganz abgesehen davon, daß Kleider, Schuhe, Wäsche usw. bis auf Lumpen aufgebraucht und doch auch wieder einmal erneuert werden müssen.

Vielleicht könnte eingeworfen werden, nach dem Kriegsende werde eine Senkung der Preise für alle Bedarfssortikel eintreten. Das ist zunächst recht zweifelhaft. Aber selbst wenn die Tagespreise für die am meisten konsumierten Bedarfssortikel etwas heruntergehen sollten, steht noch nicht fest, ob die Senkung den Betrag der neuen Steuern ausmacht. Aber auch wenn das der Fall sein sollte, müßten die erreichten Lohn erhöhungen im allgemeinen erhalten bleiben, sonst übertragen die Ausgaben immer noch die Einnahmen. Denn es wird Jahre bedürfen, um im Haushalt anzuschaffen, was seit Jahren im Rückstand gekommen ist. Erfolgt eine Preisentlastung überhaupt nicht, so ist die Arbeiterschaft gezwungen, mindestens um den Betrag der neuen Steuern neue Einnahmen in erhöhten Löhnen zu suchen. Würden sich diese Bestrebungen unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so wäre die Folge der Zusammenbruch im Haushalt, aber auch körperliche Degeneration der Familienglieder. Eine Verarmung der arbeitenden Bevölkerung würde aber auch den moralischen Zusammenbruch folgen. Als Massenergebnis könnten diese Folgen recht bedauerliche Wirkungen ausüben.

Es muß das Bestreben der Arbeiterschaft sein, die nachteiligen Begleiterscheinungen der neuen Steuern und deren Einfluss auf den Haushalt möglichst abzuwenden. Das kann aber nur durch genügend hohe Löhne geschehen. Gewiß werden bei dem Ringen um einen größeren Anteil am Arbeitsertrag die Gegenseite zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufeinanderprallen. Sie werden selbst in den durch das Arbeitskammergesetz vorgesehenen Einigungsämtern zum Ausdruck kommen. Doch die Dinge werden ihren Lauf nehmen unter dem eisernen Zwange der Notwendigkeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse fungieren als motorische Kraft für alle Geschehnisse. Will die Arbeiterschaft bei der Neugestaltung des Kommanden nicht den härteren ziehen, dann ist erste Vorbereitung Ausbau der Organisationen, damit sie als gute Wehr und Wehrfeste fungieren. Nur dadurch, daß die Arbeiterschaft versucht, mit Hilfe der Organisation die Arbeiterschaft möglichst hoch

zu verkaufen, kann die teilweise Abwälzung der Steuern und deren nachteiligen Folgen erreicht werden. Auch die Unternehmer werden ihrerseits wieder abwälzen durch Erhöhung der Verkaufspreise für ihre Produkte. So wird allmählich erreicht, daß die Steuern nicht absolut und in erster Linie die Existenz der Arbeiterschaft allzu nachteilig beeinflussen, sondern daß die Verteilung der Steuern auf breiterer Basis erfolgt, als das bei Inkrafttreten der Fall sein wird. Vorerst hoffen wir jedoch bestimmt, daß der Arbeiterschaft der Existenzkampf schon dadurch erleichtert wird, daß die jetzige Steuervorlage eine wesentliche Abänderung erfährt, d. h. daß die indirekte Besteuerung nicht in dem vorgesehenen Maße Gesetz wird.

Gegen gleiches Recht.

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Dieser Satz gehört zu den Grundregeln der Geschichtsauffassung, die Karl Marx uns gegeben hat. Obige Regel erklärt auch erschöpfend die Stellung der jetzigen Majorität im preußischen Landtag zur Wahlrechtsvorlage, die wiederum gipfelt im gleichen Wahlrecht.

Am 2. Mai hat das Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung mit 235 gegen 183 Stimmen das gleiche Wahlrecht abgelehnt. In einer zweiten namenlichen Abstimmung wurde der Kommissionsbeschluß, der das Pluralwahlrecht nach Besitz, Bildung und Alter enthält, mit 222 gegen 183 Stimmen angenommen.

Das gesellschaftliche Sein der Landtagsmajorität hat ihr Bewußtsein bestimmt, d. h. die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Angehörigen der Majorität leben, erklären ihre Stellung zum gleichen Wahlrecht. Sie fürchten um die Schmälerung ihres Einkommens. Solange sie die Gesetzgebungsklinke selbst in der Hand haben, können sie nach Belieben regulieren und dirigieren. Das hat auch der konservative Führer v. Heydebrand in der Sitzung vom 1. Mai offen ausgesprochen, als er erklärte: „Das steuerliche Rückgrat unsres ganzen Staatshaushalts sind die direkten Steuern auf den Besitz, und nun wollen Sie die Besitzlosen über die Steuern entscheiden lassen, die die Besitzenden zahlen sollen?“ Nach Heydebrand und seinen Freunden ist es richtig, daß sie auch fernerhin die Frage allein entscheiden, wie viel sie bezahlen wollen und wie viel die Arbeiter zahlen sollen. Die Herren vergegenstehen aber, daß sie nur eine kleine Minorität der preußischen Staatsbürger vertreten, während seither die große Masse derselben völlig einflußlos blieb. Dazwischen steht auf die Dauer und insbesondere nach den Kriegserfahrungen nicht mehr haltbar ist, unterliegt keinem Zweifel. Das hat die preußische Regierung einschließlich der Krone auch eingesehen. Sie weiß, daß der Umbildungsprozeß im Staatswesen demokratische Bahnen weist. Sie muß wissen, daß dieser Prozeß durch den Krieg befeistezt worden ist. Es sei erinnert an die Worte, die der frühere Reichsanziger Delmann-Hollweg in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 14. März 1917 sprach: „Wehe dem Staatmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“ Ein Richterkennen dieser Zeichen wäre es aber, wollte die Regierung vor den Wahlrechtsgegnern zurückweichen. Sie kann unmöglich „Sichertungen“ gegen die Wirkungen des gleichen Wahlrechts zugestehen, wodurch das alte Unrecht in neuer Form auferstehen würde. Es würde sich bitter rächen, dem überlebten Herrenhaus das Niedergewicht über den Landtag zu geben. Das Herrenhaus ist so wenig oder noch weniger eine Volksvertretung, wie der seitherige Landtag. Recht unangenehme Folgen könnte auch die Festlegung einer Zweidrittelmehrheit in Fragen der Verfassungsänderung haben. Die Arbeiterschaft würde in solchen und ähnlichen Mandaten eine Dämpfung erleben. Dazu darf es nicht kommen, jetzt schon gar nicht. Der Abgeordnete Kardorff hat der Wahrheit die Ehre gegeben, als er sagte: „Wir alle wissen, daß die große Masse der Bevölkerung in den großen Städten unter Not und Entbehrungen sehr schwer leidet, daß Not und Entbehrungen sie viel härter ansaß als uns auf dem Lande. Wie sollen Not und Entbehrungen weiter von der großen Masse getragen werden im vierten und bis ins fünfte Kriegsjahr hinein, wenn eine politische Atmosphäre herrscht, die mit Hoffnung geprägt ist?“

Eine kleine Gruppe von Politikern, die auch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl Wähler hinter sich weist, hat es trotzdem gewagt, einem Volke, das bereits vier Jahre blutet, drückt und leidet, das gleiche Recht vorzuenthalten. Der Ablehnung hätte die Auflösung des Landtages auf dem Dupe folgen müssen. Weil dieser Fall nicht eingetreten ist, wünschen wir der Regierung von Herzen, es möge ihr gelingen, das bei der Arbeiterschaft erwachte Wehrmut wieder zu beseitigen. Das kann aber nur geschehen durch eine Tat, nicht durch Worte.

Der Verband nach 44 Kriegsmonaten.

Die Zahl der Neuaufnahmen ist im Monat März wieder höher als im Vorjahr. Sie ist von 4186 auf 4648 gestiegen. Allerdings hat sich auch die Zahl der Ausgeschiedenen etwas erhöht. Der verbliebene Gewinn war im Monat Februar 1827 Mitglieder, im Monat März 2125. Am höchsten ist jetzt der Abgang der weiblichen Mitglieder. Das Gesamtaufkum für Monat März ist zwar bei ... in den zwei vorhergehenden Monaten, könnte aber bei intensiver Agitation in sämtlichen Zahlstellen noch besser sein. Darüber klagen auch die meisten Jahresberichte der Gauleiter, daß einige Zahlstellenleitungen nicht aus ihrer Leistung herausholen.

An der Berichterstattung für den Monat März haben sich 437 Zahlstellen beteiligt. Für diese zusammen ergibt sich folgendes Resultat:

In den berichtenden Zahlstellen waren vorhanden:

	Am 1. August	Am 31. März
	1914	1918
männliche Mitglieder am Orte	171 015	72 372
im Hause dienst	103 465	
weibliche Mitglieder am Orte	25 423	39 110
zusammen	174 338	21 847

Wir haben am 31. März in den berichtenden Zahlstellen 112 182 Mitglieder. Zählt man die zum Heroldsdienst eingezogenen Kollegen hinzu, so ergibt sich ein Stand von 215 847 M. d. i. ... in März von 18 409. Als gefallene oder gestorben sind 10 047 gemeldet. Über die Mitgliederbewegung in den berichtenden Zahlstellen gibt die folgende Tabelle Auskunft: Sie umfaßt allerdings nur die berichtenden Zahlstellen, deren Zusammenfassung und Zahl lesen Monat eine andere ist. Bei der Vergleichung der Monatsergebnisse ist also die angezeigte Tabelle auszusehen. Bei der Berichtigung der Monatsergebnisse ist also die Erweiterung des Verbands zu berücksichtigen. Aber als Maßstab für die Entwicklung des Verbands genügen die Zahlen. Seit Januar 1917 ergeben sich in den einzelnen Berichtsmonaten diese Zahlen:

Monat	Mitglieder			Mitglieder		
	ausgerufen		ausgestoßen	ausgerufen		ausgestoßen
	m.	w.	m.	m.	w.	m.
Januar 1917	824	1 463	2 287	359	435	794
Februar	1 366	1 622	1 978	463	519	973
März	1 609	1 441	3 05	680	497	1 177
April	1 482	2 597	4 07	423	657	1 080
Mai	1 595	2 632	4 227	535	794	1 349
Juni	2 167	2 744	4 961	692	1 119	1 811
Juli	1 692	3 378	5 070	547	1 461	2 008
August	2 055	3 466	5 521	604	1 337	1 941
September	2 331	3 276	5 610	843	1 395	2 238
Oktober	1 819	2 462	4 281	636	1 168	1 804
November	2 010	3 160	5 170	597	1 456	2 053
Dezember	2 300	3 080	5 380	1149	1 848	2 997
Januar 1918	1 390	1 754	3 144	618	1 185	1 801
Fbruar 1918	1 876	2 310	4 186	831	158	2 359
Januar 1917 bis Jan. 1918	22 633	33 125	55 758	8164	13 862	22 026
März 1918	2 064	2 584	4 648	1 089	1 484	2 525
Januar 1917 bis März 1918	26 573	33 019	64 592	10048	16 824	27 910

Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter zurückgegangen. Sie betrug in allen berichtenden Zahlstellen 219. Kranken waren 1886 vorhanden. An Arbeitslose wurde im Monat März die Summe von 3785 M. ausgezahlt, an Kranken 67 576 M.

Der Arbeiter als Feldsoldat.

Über die Bewährung des Industriearbeiters als Feldsoldat äußert sich Oberst Alois Welzé in der „Österreichischen Rundschau“. Seine Betrachtungen zeugen von einer eifreichen Vorurteilslosigkeit und sind auch rein sachlich für die Arbeiterschaft durchaus lebenswert. Wir geben sie deshalb (nach der „Frankfurter Stimme“) hier wieder. (Ausdrücklich sei jedoch betont, daß wir durchaus nicht in allen Punkten mit dem Verfasser einer Meinung sind, vor allem nicht in der Bewertung jener Eigenschaften, die man kriegerische Tugenden oder ähnlich nennt.)

Es soll eine Bevölkerungsgruppe an der Hand vorliegender Erfahrungen hinsichtlich ihrer Leistungen als Soldaten betrachtet werden: die Masse der zur militärischen Dienstleistung herangezogenen Industriearbeiter, eine Männergruppe, deren Verhalten ganz besonders charakteristisch für die Fähigkeit zur Einführung aller, auch besonders gearbeiteter Staatsbürger, in die obige militärische Einheit ist. In den Industriearbeitern ist bekanntermaßen das Klassenbewußtsein und das Streben nach politischer Freiheit am allerstärksten ausgesetzt, und gerade bei ihnen wurde die militärische Ordnung der starken Kraftprobe ausgezogen, weil es auch in voller Voransetzung ihrer Bereitwilligkeit, darunter kommt, eine entscheidende, eingreifende, seelische Veränderung herbeizuführen, und weil die ins Werk zu setzende Erziehung zum Soldaten hier in gewissen Gegensätzen geriet zu einer anderen Erziehung, die sie vorher im organisierten Lohnkampf erhalten hatten.

Es ist ihnen früher darauf hingewiesen worden, daß der Wille zur Hingabe aller Kräfte an die Sache des Vaterlandes in der kriegerischen Zeit der Kriegserklärungen alle andern Stimmen zum Schweigen gebracht hat. Rücksichtloser war es immerhin möglich, daß dieser aus dem Gefühl kommende allgemeine Wille bloß eine nicht zu tief gehende Stimmung, eine Disposition erzeugte, die in die Tat

umzusehen und Tag für Tag praktisch zu verwerten sich die Arbeiter verhindert sehen konnten. Die Möglichkeit war gegeben, daß die widerspruchsfreie Erfüllung schwerer neuer Pflichten, mit denen sich das klassenbewußte Proletariat, zu dem in erster Linie die Industriearbeiter gehörten, in Friedenszeiten wiederholt beschäftigt hatte, während ihrer Erfüllung auf unüberwindliche Hindernisse hätte stoßen können. Aber schon eine kurze Erfahrung lehrte das beruhigende Gegenteil. Der Arbeiter zeigte sich als ein aufopferungsvoller, energischer und tüchtiger Soldat. Mochte das im ersten Augenblick freudiges Erstaunen hervorrufen, so erwies die psychologische Gewagung, daß sich hier eigentlich nichts Wunderbares vollzogen hatte. Die Vaterlandstreue ließ den Arbeiter in der früher angedeuteten Stimmung das Wesentliche, den Wechsel seiner Lebensverhältnisse, mit verhältnismäßiger Leichtigkeit überwinden. Und bei genauer Prüfung bemerkte man, daß der Schauspiel nicht etwa ein Nebenumstand, sondern die Hauptsache ist. Man überlege: Wessen Bedarf der gute Soldat zu seiner Eignung? Disziplin, Ausdauer, Mut, Geschicklichkeit. Das sind aber alles Eigenschaften, die dem Arbeiter zukommen. Es wäre falsch, zu glauben, daß ein politischer Radikalismus oder ein heftiger Kampf in Parteienungen den Arbeiter disziplinlos werden lasse. Im Gegenteil. Er ist nach verschiedenen Richtungen diszipliniert, ist gewohnt, in seiner wirtschaftlichen oder politischen Organisation die strengste Disziplin zu halten, sich einem gemeinsamen Willen unterzuordnen, und auch seinen Beruf, die Arbeit, zwingt ihm eine bestimmte Disziplin auf, die er gewohnt ist und die er anerkennt. Psychisch gewertet ist es aber gleichgültig, in wessen Dienst die erworbene Fähigkeit zur Disziplin gestellt wird. Der Arbeiter brachte sie in den militärischen Dienst mit, eine vorzügliche Kraftigkeit, eine Gewöhnung, ein Großes in Gemeinsamkeit mit Massen zu vollbringen, sich ihnen einzurichten und von einem starken Willen und Gedanken geleitet zu werden. Er besaß aber zum Soldaten noch andre hochzubewertende Eigenschaften, den Fleiß, die Ausdauer, die Fähigkeit, Schwierigkeiten zu überwinden, die Liebe zur Arbeit, den Respekt vor der Arbeit. Es sind laute Qualitäten, die ohne besondere Anstrengungen in nützliche, unmittelbar für das Kriegshandwerk brauchbare Energien umgesetzt werden konnten. Hauptfächlich das Prinzip also wurde gewechselt, und dieses Opfer wurde mit anerkennenswerter Einmütigkeit gebracht.

Heute, wo glänzende Taten Tajender von Arbeitern uns bekannt sind, aus zahlreichen Berichten der Ober- und Unter- kommandos lebendig werden, kann man aber auch sagen, daß die gehaltenen Hoffnungen reichlich überfüllt wurden. Es ist nicht nur die italene Pflichterfüllung und entsprach nicht nur der charakteristischen Eigenart des Arbeiters, daß er die von ihm übernommene Arbeit ernst zu erfüllen trachte, es überlamb ihn auch ein echter Soldatengeist. Die ursprünglich in Abwehr der tödlichen Angriffe, die dem Reiche drohten, entstandene stolze Willigkeit, die Grenzen zu schützen, wurde allmählich, gestützt durch ein neues Fühlen, das ihm durch das Kriegsleben eingekehrt wurde, durch den Umgang mit der Waffe zur Liebe zu einem neuen Ziel.

Es ist eine besondere Eigentümlichkeit, daß der Mann, der eine Waffe zur Abwehr eines auf sein Leben gerichteten Angriffes gebraucht, in eine geheimnisvolle Beziehung zu seinem Waffenvermögen kommt. Daß diese erfolgreiche Abwehr in ihm ein nützliches Strafgefühl erzeugt, ein Bewußtsein der Überlegenheit, weichen er aber mit Stolz und im Besitz eben dieser Waffe, die von mir an zu ihm gehört. Die häufige Verwendung der Waffe führt zu rein mechanisch zur Erzielung besonderer Geschicklichkeit, verleiht ihm Genugtuung an ihrer wirkungsvollen Anwendung, löst die nach jeder gelungenen Zurückweisung einer Bedrohung seines Lebens zu einem Höchstgefühl gelangen, und dies nicht einzeln erfüllt, sondern zusammen von Zuschauern, von denen jeder, dem äußerlichen Eindruck folgend, allmählich das Beste zu vollbringen traut, gibt ihm das, was der Inhalt einer richtigen Soldatenrolle ausmacht. In der Bewertung jener Eigenschaften, die dem Arbeitervon Anfang an zukommen, liegt aber noch eine, die in unerträglichem Parallelismus zu seinen Aufgaben als Soldat zu liegen ist: seine Waffen und seine Gewöhnung, daß die von ihm erledigte Arbeit ein erkennbares Ziel hat, auf das er hinsieht, das im Erfolg als ein Repräsent vor seinem Auge steht und daß ihm Predigtung verfällt. Das Militärische überdeckt: er will nicht schüchtern, nicht zwecklos Erdarbeiten ausführen, seinen abschönen halben Angriff machen, er ist gewohnt, seine Anstrengungen stolz zu zeigen von einem letzten Werke, das er gewollt hat. Der Großmann-Weller ist gleichfalls ein prächtiger Werk-Arbeiter, der sich hundertfach erprobt hat.

Nicht mehr wird man von der Eignung des Arbeiters zu Solchen sprechen können. Zu dem Gesamtbereich, das wohl im

nicht außer Acht gelassen werden darf. Zeit den Verdiensten aller Kämpfer gerecht werden wird, soll der großen Gruppe der Arbeiter nicht vergessen werden. Sie haben der Armee nicht nur gedient als gute Helfer in den Schlachten selbst, sie haben sich auch auf allen Gebieten der Kriegstechnik bewährt. Der moderne Krieg ist ja längst nicht mehr allein ein Messen der Waffenkräfte, er heißt Arbeit allerorten in und hinter der Front, und der Arbeiter, der mit Holz und Eisen umgehen kann, ist ebensowenig entbehrlich wie der Schütze. Dass diese Arbeiter nicht nur für den Krieg gearbeitet und darin mitgeholfen haben, dass sie nicht nur die Vernichtung des Feindes vorbereiteten, sondern auch für ganze Landstriche zu Füllzurbringern wurden, auch das wird ihnen nach dem Kriege angerechnet werden müssen.

Der Papierfabrikant und Stadtrat Bandmann in Lauter, dem das Wohl seiner Gemeindeländer als Stadtvater doch besonders am Herzen liegen muss, Arbeitersöhne von 3,50 bis 4 Ml. zahlt. Dabei sind diese beiden Fabrikanten nicht die einzigen, die so niedrige Löhne zahlen. In treuer Brüderlichkeit trachten, mit wenigen Ausnahmen, sämtliche Papier- und Pappensabrikanten im sächsischen Erzgebirge danach, dass es ihren Arbeitern nicht zu wohl ergehe auf Erden. Mit einem Feuerreiser, der einer bessern Sache würdig wäre, versuchen die erzgebirgischen Papierindustriellen mit allen Mitteln jede Aufklärung über die dringende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiterschaft fernzuhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, scheuen sie sich selbst nicht, die Religion für ihre eigenwilligen Zwecke in Anspruch zu nehmen. (Siehe Bet- und Bibelstunden.) Gemeindediener und Spießbürger werden zu Hilfe gerufen, missliche Arbeiter selbst in der Zeit der größten Arbeiternot auf das Straßenpfosten gezeigt. Dieselben Unternehmer, die durch Verweigerung des Abfahrtscheins ihre Arbeiter an der freiwilligen Errichtung einer besser

Nach zweijähriger Dauer des Krieges können wir es geschehen für alle Zukunft verbuchen, daß unser Arbeiter ein so fähiger Soldat gewesen ist als nur einer, und daß es zu Unrecht geschah sein mag, wenn er vielleicht mancherorten mit allzu großer Vorurtheil beurteilt wurde. Für den Staat und den Arbeiter ist es heilsam, daß er, wenn er in sein altes Leben zurückkehren wird und seine Arbeit ihre frühere Orientierung erhält, von nun an, durch Gesetz und Blut gefüllt, in näherem und innigerem Zusammenhang alle Zeit die Vaterlandsgeschichte mitsühlen wird. Wie alle, diesen Krieg miterlebt und miterlitten haben, wird auch der Arbeiter in seinem Wirtschaftskampf in Verfolgung seiner Klasseninteressen nie wieder ganz einseitig denken können, nicht loskommen von der Sorge und dem Gefühl um das Ganze, für das er jehn Leben opfern wollte, um das er gebangt hat. Und das ist ein großer Gewinne des Krieges."

ber Papierfabrikant und Stadtrat Landmann in Bautzen, dem das Wohl seiner Gemeindeländer als Stadtvater doch besonders am Herzen liegen muß, Arbeiterlöhne von 3,50 bis 4 Mk. zahlt. Dabei sind diese beiden Fabrikanten nicht die einzigen, die so niedrige Löhne zahlen. In treuer Brüderlichkeit trachten, mit wenigen Ausnahmen, sämtliche Papier- und Pappensabrikanten im sächsischen Erzgebirge danach, daß es ihren Arbeitern nicht zu wohl ergehe auf Erden. Mit einem Feuerreißer, der einer bessern Sache würdig wäre, versuchen die erzgebirgischen Papierindustriellen mit allen Mitteln jede Aufklärung über die dringende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Arbeiterschaft fernzuhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, scheuen sie sich selbst nicht, die Religion für ihre eigenwilligen Zwecke in Anspruch zu nehmen. (Siehe Bet- und Bibelstunden.) Gemeindediener und Spießbürger werden zu Hilfe gerufen, mäßliche Arbeiter selbst in der Zeit der größten Arbeiternot auf das Straßenpfosten geetzt. Dieselben Unternehmer, die durch Verweigerung des Abfahrtscheins ihre Arbeiter an der freiwilligen Errichtung einer besser entlohnten Arbeit hindern, maßregeln rücksichtslos jeden Arbeiter, der strebt ist, gemeinsam mit seinen übrigen Arbeitsbrüdern und -schwestern seine Lebenslage zu verbessern.

In Sosa mußte der dienende Geist des Ortsgewaltigen für die Rettung des Kapitals tätig sein, und in Langensachsen wurde der Gendarm zu Hilfe gerufen. Als auch diese Mühe vergeblich war, schm. Herr Kommerzienrat Lösel einen der vermeintlichen Sünder aus der Bude. Der Gutsvater Merkel in Neuwelt glaubte gleichfalls eine Lücke für die Preßspanfabrik Unterjachsenfeld brechen zu müssen. Nachdem eine gut besuchte Versammlung für die Nachschichtarbeiter in seinem Votau getagt hatte, verbot er in später Abendstunde die Abholzung einer Frischversammlung für die Nachschichtarbeiter unter dem Vorwande, daß er von der Amtshauptmannschaft in Schwarzenberg angewiesen sei, für die Abholzung einer jeden Versammlung eine polizeiliche Bescheinigung zu fordern. Alle Hinweise auf die Tatsache, daß in Sachsen Betriebsversammlungen der Anmeldepflicht nicht unterliegen, sobald sie sich nur mit Lohnfragen und Fragen des Arbeitsverhältnisses befassen, schlugen fehl, und selbst die am andern Tage erfolgte telephonische Mitteilung des Ortsvorstechers, daß diese Versammlungen nicht anmeldepflichtig sind, wollte Herrn Merkel nicht genügen. Wollte er sich am Abend mit der ortspolizeilichen Bescheinigung zufrieden geben, so verlangte er am andern Tage nach der telephonischen Anrufung des Ortsvorstechers eine Beglaubigung der Amtshauptmannschaft. Wir wissen zwar nicht, ob sich Herr Merkel freiwillig in den „Hilfsdienst“ der Firma gestellt hat oder von dieser dazu veranlaßt wurde; aber von einem Manne, der sich auf den Standpunkt stellt: „Der Landwirt muß geholzen werden, ganz gleich, ob ein Brodt 50 Pf. oder 5 Ml. kostet“, sollte man wenigstens annehmen, daß er der Arbeiterschaft nicht hindernd in den Weg tritt, wenn sie bestrebt ist, sich Löhne zu erhöhen, um die von Landwirten und andern Produzenten verlangten Wucherpreise zahlen zu können. Trotz dieser wenig einwandfreien Kampfesmethoden der Unternehmer und ihrer Thabanten bricht sich die Erkenntnis unter der erzgebirgischen Arbeiterschaft immer mehr Bahn, daß sie von der „Freigebigkeit“ der Unternehmer nichts zu erwarten hat, daß auch sie zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe greifen muß, um sich bessere Lebensverhältnisse in den „Gammerländern“ des sächsischen Erzgebirges zu verschaffen. Die Erfolge unseres Verbandes seit Beginn des Jahres im sächsischen Erzgebirge beweisen, daß auch die erzgebirgischen Papierarbeiter bereit sind, mitzuwirken zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Papierarbeiter, - wenn ihnen die Ziele und der Zweck unseres Verbandes klar vor Augen gebracht werden. Sich bereitwillig in den Ausklärungsdienst der Organisation zu stellen, muß deshalb eine Ehrenpflicht unserer Kollegen im sächsischen Erzgebirge sein.

Das der Industrie

Papier-Industrie e.v.

Im sächsischen Jämmertale

Höhe Granithemmelchen überragen das Mündental im sächsischen Erzgebirge. Die Mulde selbst spült ihr schmutzig-graues Wasser der Elbe. An diesem Teil der Mulde liegen, von hohen Nadelwäldern begrenzt, die Betriebe der sächsischen Papierindustrie. Daßt kein Dorf oder Stadt ist vorhanden, in dem nicht mindestens eine Papierfabrik oder eine Schleiferei liegt. Zu manchen Orten sind vier und mehr Betriebe Papierfabrikation vorhanden. Dasjenige Bild bietet die abzweigenden Täler in diesem Teile des sächsischen Erzgebirges. Wohin der Fuß Wanders auch lenken mag, überall trifft er Papiermühlen und Holzschleiferien. Die waldreiche Gegend, die billigen Wasserkräfte und die nachgelieferten Arbeitskräfte haben die Papierindustriellen veranlaßt, ihre Betriebe in diesen Gebirgszügen zu errichten.

Zahlende jahrlänger Papierarbeiter trafen in diesen Tälern ein, um hier zu arbeiten unter den nur denkbar ungünstigsten Verhältnissen. Jahrzehntelange Ausbeutung und Entrichtung hat diese Arbeiterschaft zu willkürlichen Arbeitskäfern der erzgebirgischen Papierfabriken gemacht. Schon diese Jahre vor dem Kriege wurde das Arbeitserleid der erzgebirgischen Weber poetisch und dramatisch ausgezeigte. Ihm steht der Papierarbeiterlos ebenbürtig zur Seite. In diesen traurigen Verhältnissen hat auch der Weltkrieg mit seinen wirtschaftlichen Umwälzungen eine Besserung vollbracht. Im Gegenteil. Die Lebenslage der erzgebirgischen Papierarbeiter ist durch die gesetzlichen Preissteigerungen in alle Bedarfssorten noch verschärft, die Entrichtung der Arbeiterschaft durch die massenhafte Heranziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte noch verschlechtert worden. Obwohl die Unternehmer durch fortwährenden Preiserhöhungen für alle Papier- und Zippensorten immer höhere Gewinne erzielen und die Altersgesellschaften festzuhalten auswerten, entlohnun sie ihre Arbeiterschaft noch um Verlusten, die als „Hungerlöhne“ noch zu geringe bezeichnet sind. Seitens der Dienstleistungsbüros werden Arbeitnehmer bei zwölfstündiger Arbeitszeit einen Tagesschichtlohn bis zu 5 M., und nur in vereinzelten Fällen erreichen selbst Pförtnerarbeiterinnen einen Verdienst von 3,50 M. pro Tag. Tagesschichtdienste von 3 bis 4 M. für Arbeiter und 2 bis 3 M. für Arbeiterschwestern und Jugendliche bilden die Regel. Dabei stehen die Lebensmittelpreise, nach der freiwilligen Befriedung des Ernährungsbedarfs einer inneren Papierarbeitergemeinde in unmittelbarer Nähe von Schwarzenberg, hinter den Preisen der Großstädte, selbst hinter denen Karlsruhe nicht

Verschiedene Industrien

Geschäftsergebnisse im der Gummiindustrie im Jahre 1917.

— Die gute Konjunktur der Gummi-Industrie, die auch zu den kriegswichtigen Betrieben zählt, hat auch im abgelaufenen Jahr gute Geschäfte gemacht. Diese Tatsache kommt nicht nur zum Ausdruck in erhöhtem Betriebs- und Reingewinn, sondern auch in den verschiedenen Abschreibungen und der verteilten Dividende. Teilweise sind die Abschreibungen ganz enorm in die Höhe gegangen, während gleichzeitig das Umlaufkonto bedeutend zurückgegangen oder doch nicht besonders gewachsen ist. Auch die Rentiermen haben eine Steigerung erfahren. Im allgemeinen kann also gesagt werden, daß die Aktionäre der Gummi-Industrie nicht zu kurz gekommen sind. —

Die Leipziger Gummiwarenfabrik Aktien-Gesellschaft, vorm. F. L. Marg, Heine u. Co., Leipzig, verzeichnet nach vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von 43 065 Mf. (i. B. 18 670 Mf.) einen Reingewinn von 107 795 Mf. (i. B. 88 835 Mf.) einschließlich Vortrag von 27 920 Mf. (i. B. 32 917 Mf.). Die Firma verteilt eine Dividende von 5 Prozent gegen 4 Prozent im Jahre 1916. Für neue Rechnung 32 096 Mf. Nach Mitteilung der Betriebsleitung sind auch im neuen Betriebsjahr die Umläufe bis jetzt zufriedenstellend.

Einen besonders guten Abschluß zu verzeichnen hat die Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik Louis Peter, A.-G., Frankfurt a. M. Nach dem Geschäftsbericht für 1916/17 hatte die Gesellschaft für ihre beiden Werke Frankfurt und Corbach gute Beschäftigung, so daß sie den Umsatz gegen das

Die Zeitlänger von Papier nach Metall

Die Verteilung des Papiers spielt besonders in der Papiergewinnung, die während der Frühsaison zur Blüte gekommen ist, eine bedeutende Rolle. Soll doch das Papiergebiet einen Platz finden für die im Zentralgebiet erzeugten und exportierten Baumwolle. Unterliegenden stellt der Papiergebiet auch eine viel höhere Ausprägung der Frühsaison und Vollblüte des von ihm als Stoffzell benötigten Schimpfenzils als der Zweite und Septembersonder an die vom Spät- und Herbstsonder gebildeten Papiergebiete. In gewissem Maße mit dem Reichtum an der Zentral- und Nordostwirtschaft ist es der Papiergebiet und Zentralgebiet gelungen, ein brauchbares Schimpfenzill herzustellen, aus dem die betriebenen Gegenstände der Zentralgebiete ausgestattet waren. So ist die Frühsaison und Vollblüte des Schimpfenzils nicht so eindrücklich, wie es sich auf die heutigen Papiergebiete auswirkt, in der französischen Provinzen und dem Parisertheile werden

Eigentümlich ist, daß Papiermacher haben meistens ein besonderes Interesse an der Entwicklung eines Papiers, das eine entsprechende Zeit und Kosten auf die Herstellung der benötigten Mengen des Papieres verbraucht. Unter „Papier“ versteht man hier die Entwicklung, in der ein bestimmter Papiermacher nach dem Erfordernis eines 2% zu erreichenden Gewinns in einem Jahr als Maßstab für die benötigte Menge Papier bestimmt. Es ist ein sehr empfindliches System, weil es den Papiermacher die ganze Entwicklung bestimmt. Es kann durch die Entwicklung 2% Gewinn bei einer Produktion von 10 000 bis 12 000 Gramm pro Tag, je nachdem der Papiermacher einen gewissen Verlust in einer Periode von 10 bis 12 Minuten, was eigentlich eine Abweichung von 2 bis 2½ Stunden entspricht, an beiden Seiten aufweist, so dass er auch das Maßstab des Papiermachers nach einer Eigentümlichkeit bestimmen möchte. Sein eigentümlicher Bereich liegt in einer Reihe von Papiermätern, die eine Produktion von 10 000 bis 12 000 Gramm pro Tag erzielen, die auf 10 Gramm pro Quadratmeter in einer Länge von 600 Millimeter hergestellt werden, in einer Breite von 20 Millimeter und einer Dicke von 10 Millimeter hergestellten werden. Dieser Papiermacher würde dann 5000 Gramm weniger, 2000 Kilogramm weniger in der Woche, als sein Nachbar die gleichen Mengen produzieren.

derselbe erzielbar machen, haben die Techniker seines jungen Meßapparates erfunden, mit demer Hilfe die Reißlänge berechnet werden kann.

Reinhard

Spuren- zettel	Gef- üge	Schwein	Schaf- fchen	Huf- heil	Stiel- drach
Die Gesamt- anfälligkeit von einem Zweig- stück	8 kg	24 kg	40 kg	44 kg	100 kg
Das Gewicht der Enden 1000 m Länge und 1 mm Durchmesser ist 1 dm = 1 Punkt	800 gr	7,25 kg	7,50 kg	7,85 kg	7,86 kg

Zu diesen Beobachtungen ist die absolute Zugfestigkeit von Spannpapier nur noch $\frac{1}{2}$ so groß, dagegen die Reißlänge wiederum groß wie die von Gießenen. Die außalenden Unterschiede in den Proben der von Bergbau herangezogenen Materialien führt Gogel auf das hohe pressende Gewicht der Welle zurück. Der Zähne nach hätte das Spannpapier viel seifer sein als Gießenen, ausserdem had Fliegende, da deren Verhältnisse nicht hinter dem Spannpapier zurückstehen, das in seiner Reichlänge nur von Fliegstahl und Sandal ein übertragen wird. In Wirklichkeit weis natürlich jedes auf, was Gießen und Stahl seiter und als Papier. Das geht auch in der Belastung hervor. Ein Stein Gießen von 1 Quadratmillimeter wiegt nicht mehr, wie aus der obenstehenden Tabelle ersichtlich ist, mit 24 Kilogramm beladen werden, wie er zweimal schwerer geword-

Durch diese von Ingenieur Goguel aufgestellten Berechnungen, die gewiß sehr lehrreich sind, ist sowohl über die Haltbarkeit des Spinnpapiers wie auch über den Wert der Kleißlängen als Mittel zur Feststellung der Festigkeit des Papiers recht wenig gesagt, da die Bezeichnungen und der Verwendungszweck der zum Vergleich herangezogenen Materialien (Eisen und Stahl) eine ganz andre ist. Das Spinnpapier soll ja auch keinen Ertrag für Eisen und Stahl bieten, sondern für Zertifizisse. Deshalb könnte auch nur ein wertvoller Vergleich ermittelt werden, wenn dem Spinnpapier Wolle, Baumwolle, Jute und andre Faserstoffe gegenüber gestellt würden. Trotzdem gewähren die Berechnungen sowohl dem Fachmann wie auch dem Laien einen sehr wissenschaftlichen Einblick in die Festigkeit der verschiedenen Materialien.

Fractional Calculus

Crockengehaltskontrolle.
 Die Dampfspannungsuhten in modernen Kesselhausanlagen dürfen
 eigentlich bekannt sein. Nach einer Mitteilung im "W. i. P." ist ein
 solcher Apparat auch zur Kontrolle des Feuchtigkeitsgehaltes an den
 Kesselfrohdenreichen benützen worden. Das Auspuffwasser der
 einen Presse wird in ein Gefäß geleitet, an dessen Boden ein Hahn an-
 gebracht ist, der so eingestellt wird, daß das Durchflußwasser hier
 momentan abläuft. Steigen sich der Wasserstand im Gefäß, so hebt der
 Wasserspiegel einen dort befindlichen Schwimmer, während im entgegen-
 gesetzten Ende eine Senlung stattfindet. Der Schwimmer ist mit einem
 Zeiger aus versehen, welcher auf den Zeiger einer Skala einwirkt, so
 daß an deren Zeilung zahlmäßig eine Veränderung des Wasserabflusses
 beobachtet werden kann. Der Apparat ist neuerdings durch einen Selbst-
 greibeapparat vervollständigt worden, der jede Auspuffveränderung in
 Form von einem alle 24 Stunden frisch ausgezogenen Streifen angibt.
 Da die Erddruck bei wechselndem, stärkerem Stromzulauf ungleichmäßig
 anfällt, wird diese Gefahr mit Hilfe des Apparates bedeutend verminderd,
 weil der Widerstand erhöht sich jetzt durch die wechselnde Stellung des
 Zeigers vor Schaukungen des Stromzulaufes überzeugen und Abhilfe
 schaffen kann. Aber kaum bieten die ausgewählten Kontrollstreifen eine
 Möglichkeit zur Nachprüfung und Nachprüfung auf begründete Richtigkeit
 und verlängerten Stromzulauf.

Vorjahr erheblich steigern konnte. Der erforderliche Rohgummi und synthetische Kautschuk stand der Gesellschaft zur Verfügung; im übrigen mußte sie wieder in größerem Umfang mit in den eigenen Werken hergestellten Erzeugnissen arbeiten. Der Betriebsüberschuß hat sich um 329 000 M. erhöht; zu Abschreibungen dienen anderseits 57 000 M. mehr. Dabei erfolgte diesmal eine völlige Abschreibung des Maschinenkontos mit 714 368 M. (i. B. 414 019). Der Neingewinn übersteigt den vorjährigen um 362 000 M. Die von 9 auf 14 Prozent erhöhte Dividende erfordert 250 000 M. mehr. Die Vorsorge für Kriegsgebindesteuer ist ziffernmäßig nicht erkennbar gemacht; für sie und die Überleitung zur Friedenswirtschaft seien die notwendigen Mittelungen geschaffen.

(30. September)	1913	1914	1915	1916	1917
Vortrag.		260	61 695	61 952	92 621
Waren gewinn	2 775 001	3 083 061	2 687 561	2 778 595	3 107 285
Miete und Zinsen				65 710	147 550
Untosten	1 876 705	1 890 429	1 341 105	1 145 495	1 168 066
Gutsanlagen	363 630	420 059			
Abschreibungen	435 628	558 231	925 132	1 021 098	1 078 610
do. auf Zuböle.	96 764	85 974			
do. Rüste. Ekt.-Ab.		50 000			
Reingewinn	2 379	78 367	421 324	677 711	1 008 159
do. inst. Vortrag.	2 379	78 627	483 019	729 664	1 100 780
Reserve	119	3 931	21 066	138 885	150 468
Salontaxe	2 000	13 000			5 000
Dividende			400 000	450 000	700 000
in Prozenten	0	0	8	9	14
Unterstützungsfonds				50 000	100 000
Tantieme				13 157	55 556
Vortrag	260	61 695	61 952	92 621	89 817

Die Bilanz verzeichnet die Grundstücke mit 1,35 Millionen Mark (etwa wie i. B.), Gebäude mit 1,85 (2,17) Millionen Mark. Die übrigen Anlagekonten einschl. Patente sind sämtlich abgeschrieben. Abgezogen von 0,25 Millionen Mark (wie i. B.) Akteure haben sich die laufenden Verbindlichkeiten von 2,19 Millionen Mark auf 4,75 Millionen Mark erhöht. Demgegenüber waren in Bar, Bankguthaben und Wechseln 0,60 (0,42) Millionen Mark und in Effekten 5,76 (2,46) Millionen Mark vorhanden; die Vorräte sind mit 0,84 (0,85) Millionen Mark bewertet, und bei Debitoren standen 1,61 (1,02) Millionen Mark aus. Neben 250 000 M. (wie i. B.) Kriegsrücklage für Außenstände erhöhen sich die Reserven auf 0,77 Millionen Mark bei 5 Millionen Mark Grundkapital. (Generalsammlung 5. Februar.)

Stillegung der Kaffeeröstereien.

Mit der Einstellung unres überseeischen Handels infolge der Kriegsereignisse blieb für die Kaffeeröstereien das Rohprodukt aus. Die noch im Betriebe befindlichen Röstereien sind auf die Herstellung von Kaffee-Etiketten angewiesen. Ein Teil der Betriebe wurde stillgelegt. Die Etikettensubprodukte wie Gerste usw. wurden kontingentiert. Nun ist das Reichswirtschaftsamt auf Grund erneuter Verhandlungen zu einer grundlegenden Aushebung der Stillegung der Röstereierwerke in der Kaffee-Etikettensubstanz-Industrie gelangt. Gleichwohl läßt es sich nicht ermöglichen, die stillgelegten Betriebe in vollem Umfang wieder in Gang zu setzen, da die für das laufende Wirtschaftsjahr noch zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe zu knapp bemessen sind. Es muß daher ein Weg gefunden werden, der vorerst Vermeidung einer allzu großen Versplitterung der Röstereienmengen die Beihilfung der kleinen und mittleren Betriebe sicherstellt. Für die Bearbeitung der geringen Rohstoffmengen soll nach den Nachrichten für den Verband deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und Getreidehandel in diesem Wirtschaftsjahr nur die eigentliche Kaffee-Etikettensubstanz herangezogen werden, und zwar diejenigen Betriebe, welche schon in den beiden letzten Friedensjahren Kaffee-Etikettensubstanz hergestellt haben, dagegen bleiben die eigentlichen Kaffeeröstereien von der Belieferung ausgeschlossen. Diese Regelung hat die Wiederaufzugsförderung von etwa 130 stillgelegten Betrieben zur Folge, für die Kaffeeröstereien, soweit sie nicht schon im Frieden im Nebenbetriebe Kaffee-Etikettensubstanz herstellten, ist eine Orientierung zur Etikettenseherstellung im nächsten Wirtschaftsjahr in Aussicht genommen. Zur Belieferung werden Betriebe herangezogen, welche bereits im Frieden Kaffee-Etikettensubstanz hergestellt haben, und außerdem Röstereien, die ausschließlich oder bei gemischten Betrieben mindestens zu 50 v. H. ihres Umlaufs Kaffee rösten.

Margarineerzeugung in England.

In England sind alle Oelfrüchte, Olsaaten und pflanzliche Öle in jeglicher Form beschlagahnt worden, wenn ihre Menge je 5 Tonnen übersteigt. So befinden sich jetzt alle pflanzlichen Öle, ob sie nun für technische Zwecke (auch Seifenbereitung) oder als Nahrungsmittel dienen, zur Verfügung der englischen Regierung. Man will alle pflanzlichen Öle, soweit es möglich ist, für die menschliche Ernährung ausnutzen, also zur Herstellung von Margarine und Kochsalzen. Vor dem Kriege erzeugte England jährlich 50 000–60 000 Tonnen Margarine, und die Rationierung aus Holland betrug 70 000–76 000 Tonnen. Im Laufe der letzten 18 Monate ist die Margarineerzeugung in England außerordentlich gestiegen. Sie ist jüngst so groß wie vor dem Kriege. Jetzt will man die Zahl der Margarinefabriken erstmals erhöhen.

Arbeitschutz und Arbeiterversicherung

Leistungszulagen zum Krankengeld.

Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 22. November 1917 ist den Krankenkassen gestattet, bis zu der Höchstgrenze von drei Vierteln des Grundlohnes, also des Arbeitsverdienstes des Versicherten, 1. das Krankengeld für Verheiratete und Ledige sowie nach der Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen abzustufen, die der Versicherte von seinem Arbeitsverdienst zu unterhalten hat; 2. für alle oder nur für die minderen Mitgliederklassen oder Lohnstufen Zuschläge zum Krankengeld in einem für alle gleich hohen oder für die niedrigeren von ihnen in erhöhtem Betrage zu bewilligen; 3. das Wochengeld höher als das Krankengeld zu bemessen. Der Zweck dieser Einrichtung ist, die Leistungen der Krankenkassen mehr den Familienverhältnissen der Kranken anzupassen, auf die bisher keine Rücksicht genommen wurde.

Inzwischen haben auch sehr viele größere Krankenkassen entsprechende Einrichtungen getroffen. Die Ortskrankenkassen Bielefeld, Düsseldorf, Oberhausen, Altenessen usw. stuften das Krankengeld nach der Zahl der Kinder ab. Sie zahlen zum Beispiel an Ledige die Hälfte des Grundlohnes an Krankengeld, an Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern 60 v. H., an solche mit 3 und 4 Kindern 70 v. H. und an solche mit mehr Kindern 75 v. H. Das Wochengeld (bei Unterbringung der Kraniken in ein Krankenhaus) wird bei diesen Kassen in gleicher Weise abgestuft. Andere Krankenkassen gewähren feste Zuschläge zum Krankengeld. So zahlen fast alle Groß-Berliner Kassen seit 1. April 1918 in den zwei niedrigsten Lohnklassen einen Zuschlag von 25 Pf., in den zwei nächsthöheren Klassen von 20 Pf. täglich, in den höheren Klassen aber nichts.

Ein sehr zweckmäßiges Verfahren hat die Ortskrankenkasse Halle an der Saale eingeführt. Dort wird Versicherten, gleichviel in welchen Lohnstufen sie sich befinden, die verheiratet sind oder einen eigenen Haushalt führen, das Krankengeld um täglich 25 Pf. Verheirateten, die zwei oder mehr Kinder im Alter bis zu 15 Jahren aus ihrem Arbeitsverdienst bisher unterhalten haben, um täglich 50 Pf. erhöht. Die gleichen Zugaben erhalten auch die Wohntinnen. Der weitaus größte Teil namentlich der kleineren Kassen hat sich noch nicht zu solchen Erweiterungen ihrer Fürsorge entschlossen können. Es ist Aufgabe der Arbeitervertreter in diesen Kassen, mit entsprechenden Anregungen vorzugehen. Es ist für zulässig erklärt worden, zu solchen Mehrleistungen die Reservefonds in Anspruch zu nehmen, wenn es sein muß.

Sozialpolitik für Belgien.

Ein Vertreter des Reichsversicherungsamtes hat längere Zeit in Belgien geweilt, um die Lage des arbeitenden Volks dort zu studieren und zweckentsprechende Verbesserungen einzuleiten. Jetzt sind durch den Generalgouverneur von Belgien, Generalobersten Freiherrn von Wallenhausen, Verordnungen über die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter und Angestellten in Flandern und Wallonien erlassen und veröffentlicht worden.

Berichte aus den Zabistellen.

Essen: Unglaubliche Zustände herrschen bei der Firma Hedenroth u. Co. in Kreis. Am Ausgang des Betriebes sind im Verhältnis zur Arbeiterzahl zu wenig Stempeluhren angebracht. Es gibt deshalb oft die schlimmsten Ausritte. Jeder ist bestrebt, so schnell wie möglich aus dem Betrieb herauszukommen, teils um den Zug nicht zu verpassen oder, wie es bei den verheirateten Frauen der Fall ist, schnell nach Hause zu rennen, da sie während der Mittagspause Kinder und Haushalt versorgen müssen. Die Firma muß unbedingt für Abhilfe sorgen, damit die Mißhandlungen an der Stempeluhr gegen alle älteren Frauen nicht mehr vorkommen. Auch sonst muß sich die Arbeiterschaft in diesem Betrieb eine Behandlung gefallen lassen, die an die früheren Zustände in Russland erinnert. Viele früheren Wirk-, Gewerbe- und Kaufleute sind, da auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, oder um dem Schützengräbchen zu entgehen, in diesem Betrieb arbeiten und einen Posten als Meister, Aufseher oder dergleichen bekleiden, zeigen sich jetzt als die Männer, die was zu sagen haben. Die zoologischen Tiersamen sind ihnen sehr geläufig. Es ist ein Standort, wenn selbst ältere Frauen gegenüber Ausdrücke gebraucht werden, die man hier nicht einmal andeutet kann. Bei jedem kleinen Unfall werden die Leute auf die Straße geschmissen. Arbeitnehmer, die ihre Gesundheit im Betrieb ruinieren haben und kaum ärztlichem Hilfe genötigt sind, um leichtere Arbeit zu bitten, werden ohne weiteres auf die Straße gejagt. Ein schwangerer Frau sollte das gleiche geschehen. Nur durch das Eingreifen des Obmanns vom Arbeiterschaftsverein wurde verhindert, daß diese brutalen Maßnahmen fortgesetzt würden. Seitdem die Arbeiterschaft in mehreren Betriebsversammlungen dem Arbeiterausschuß Anträge auf Abholzung von Mißständen und Forderungen bereits höherer Löhne übermittelt hat, wird dieser wieder als Auftraggeber hingestellt. Wenn aber die Betriebsleitung denkt, einen Teil der Arbeiterschaft gegen den Ausschuß auszuspielen zu können, so wird sie bald gewahrt werden, daß sie auf dem Holzweg ist. Erst sorge die Betriebsleitung für bessere Behandlung der Arbeiterschaft, für der Zeit entsprechende Löhne und daß die verprochenen Lohnzulagen auch wirklich ausgezahlt werden. Ferner sorge sie dafür, daß sich nicht so viele das Recht nehmen, jeden Missliebigen auf das Pfaster zu schmeissen. Dann ist auch der Arbeiterschaftsverein auf das Pfaster zu schmeissen. Solange diese Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft nicht befriedigend geregelt sind, solange muß sie den jetzt eingeschlagenen Weg weiter verfolgen. Der Fabrikarbeiterverband hat schon in manchem Falle gezeigt, daß erneut geplante Verhältnisse machen helfen. Deshalb alle hinein in den Verband, die uns noch fernstehen. Dann wird es auch hier allmählich besser werden.

Gotha: Nach am 6. April abgehaltene Mitgliederversammlung kam nochmals auf den Bericht vom Verbandsstag zurück. In diesem Bericht wurde den Mitgliedern klargestellt, daß der Beitrag unseres Vorsitzenden Brey zum "Volksbund für Freiheit und Vaterland" nicht zu verteilen sei, indem dieser Bund, besonders nach dem Kriege, mit seiner Tätigkeit einzogen wollte, um auf schnellstem Wege wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse herzustellen. Da nur über dieser Bund in letzter Zeit überall Versammlungen abhält und sein Programm entwidelt, woraus zu erkennen ist, daß diese Repräsentanten eine annexistische Haltung eingenommen (siehe "Leipziger Tageblatt"), so stehen nun die Mitglieder

Die heutige Mitgliederversammlung steht sich veranlaßt, um den Vorsitzenden Kol. Brey zu ersuchen, von diesem Bunde Abstand zu nehmen. Nach einer regen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: "Die heute, am 6. April 1918, tagende Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des 'Leipziger Tageblatts' über eine Mitgliederversammlung des 'Volksbundes für Freiheit und Vaterland' im Kriegerpalast in Leipzig. Die Mitglieder der Zabistelle Gotha protestieren entschieden gegen die dadurch zwangsgetriebenen Anschauungen. Sie fordern den Hauptvorstand unseres Verbandes auf, nicht einen Bogen nach aus zu ziehen im Interesse des Verbandes und im Interesse des Friedens im Verbande zu oben genanntem Bunde zu verabschieden.

Die Mitglieder erwarten von unserem Vorsitzenden, Kollegen Brey, daß, wenn er jener in diesem Bunde wirken will, er dies nur in seiner Eigenschaft als Privatperson, aber nicht als Verbandsvorsitzender tun.

Der Bunde für Freiheit und Vaterland hat die Beitragspflicht aller, zentralparteilicher Vertreterungen als Ziel. Den in Leipzig gehaltenen Vortrag kennen wir nicht. Sollten du ihm anmerksamkeitsschneidende Pläne vortragen, so wäre das als Entgleisung zu bewerten und zu beurteilen. Von dem Augenblick an, da jener Vortrag mehr als vereinzelt gehalten wird, wird Kollege Brey der erste sein, der eine Absehung von dem Bunde bereitstellen würde. Maggebend für die Beurteilung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland kann nicht eine gelegentliche Neuzeitung einer einzelnen Person sein, sondern zunächst lediglich die propagandistische Kundgebung des Bundes, die wir auch in Nummer 6 des "Proletariers" zum Abdruck gebracht haben.

Hamburg: In einer von der Centralverschäfts-Kommission einberufenen Betriebskongress, an der außer den Vertretern der freien Gewerkschaften auch Vertreter der Christlichen und Sozial-Demokratischen Gewerkschaften teilgenommen haben, wurde nach einleitenden Ausführungen des Vorsitzenden der Centralverschäfts-Kommission Schätz, in denen er den Kongress berichtete, daß die Betriebsversammlungen einzeln Verträge bei ihren Gesellschaftsleitungen die Einleitung einer neuen Lohnbemerkung beantragten und sich mit der Anstellung von Vorarbeitern beschäftigen und der Centralverschäfts-Kommission Verantwoording gegeben hätten, der Prüfung dieser Frage näherzutreten. Mit Rücksicht auf die momente nicht weitende Spannung zwischen dem Verband und den Preisen der notwendigsten Bedarfsartikel des täglichen Lebens schätzte die Betriebsversammlung den von den Betriebsarbeitern gefestigten Forderungen zu. Die herauszustellenden Forderungen decken sich im wesentlichen mit den im August 1917 festgestellten Forderungen.

Die der Konferenz, zur Entschließung vorgelegten Forderungen lauten wie folgt:

1. Erhöhung der Einstellungs- und bestehenden Stundenlöhne für alle Altordarbeiter und Arbeiterväter von 10 Pf. die Stunde, für alle im Lohn beschäftigte Arbeiter und Arbeiterväter von 20 Pf. die Stunde.
2. Altordarbeiter und ihre Stundenlöhne ihrer Leistungsstärke entsprechend festzusetzen. Wenn sie im Lohn beschäftigt werden, erhalten sie im Abzug 3 ausbezogene Mindestpausen statt 25 Min. Das gleiche gilt für solche Lohnarbeiter, die bei der Art ihrer Arbeit gleichwertige Leistungen wie Altordarbeiter voll-

bringen müssen, wie Maschinisten, Heizer, Reparateure, Maurer und ähnliche.

3. Berechnung und Erhöhung der Altordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter durchschnittlicher Leistung je nach den örtlichen Verhältnissen und seiner beruflichen Eignung nicht unter 1,20 M. bis 1,50 M. in der Stunde verdienen kann. Die Altordpreise sind so einzustellen, daß die dabei erzielten Überschüsse alle 14 Tage zur Auszahlung gelangen. Einige Abschlagszahlungen bei Altordarbeiten, die zur Ausführung länger als 14 Tage beanspruchen, sollen nicht hinter dem angegebenen Mindestverdienst bei Altordarbeiten zurücktreten.

4. Einführung von Arbeiter-Ausschüssen, die aus der Mitte der Arbeiter von diesen nach den auf Grund des § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst erlassenen Wahlvorschriften der Landeszentralverbände gewählt werden.

5. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden bzw. 54 Stunden wöchentlich.

6. Bestehende und an anderer Stelle in der Arbeitsordnung oder durch sonstige Bekanntmachungen geregelte günstigere Arbeitsbedingungen werden durch Vereinbarungen oder Zugeständnisse im Sinne des Vorsitzenden nicht berührt.

Die Konferenz stimmte den Vorschlägen der Forderungen einstimmig zu und beauftragte die Zentralvorstände, den Verbielen die Forderungen zu stellen.

Harburg: In der am Dienstag, dem 30. April, abgehaltenen Mitgliederversammlung widmete vor Eintritt in die Tagessitzung der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Schneider einen warmen und ehrenden Nachruf. Sein Andenken sowie das der am Ende gestorbenen Mitglieder Heinrich Fritsch, Frieda Nahmenführer, Richard Jonischer, Karl Langenbach und dem Kriegsopfer gesellten Kollegen Johann Rose, Paul Konrad und Richard Stolze wird in der üblichen Weise geachtet. — Dann eröffnete Kollege Adler den Bericht vom 1. April 1918. Die Hauptlasse hatte eine Einnahme von 18 852,90 M. (darunter einen Zuschuß aus der Hauptlasse von 8000 M.). Die Ausgabe zeigt sich zunehmend: Unterstützung am Riesende 8 M., an Arbeitsloge 327,05 M., an Krank 426,35 M., Umzugsgeld 20 M., Siedegeld 870 M., Weinhachsgegen auf Familien der eingezogenen Mitglieder 734,44 M., Anteil der Lokalstasse 18 828,16 M. Der Hauptlasse wurden 4187,34 M. überwiegen. Die Lokalstasse hatte eine Einnahme von 21 172,96 M. und eine Ausgabe von 7201,76 M., bleibt ein Lassbestand von 13 971,20 M. — Bohnerwege zu den folgenden Berichten: Vereinigte Gummiwarenfabriken Harburg-Wien, Dr. Thörls Vereinigte Harburger Leinwand, Harburger Leinwand, Brinckman u. Mergell, Leinwand Teutonia, Koch u. Co., Schnurgroßfabrik, Kupfer- und Eisenwarenfabrik Gebr. Salomon und Winterliche Papierfabriken Adler. Erzielt wurde für 1114 männliche und 908 weibliche, zusammen für 2049 Personen, eine wöchentliche Lohnerschöpfung von 1,80 bis 4,80 Mark. Weitere Verzegungen sind eingezogen bei den Firmen Schön u. Co., Norddeutsche Chemie, Chemische Fabrik Harburg-Schafstall, Lübau u. Söhne, Weiphäsel u. Co. und Deutsche Guano- und Phosphatwerke. In einigen Fällen mußte trotz der Zulassung niedrige Löhne erzielt werden. Den mit einem Lohn von 7 bis 8 M. täglich in der heutigen Zeit unmöglich auszutreten. Einige Lohnverzegungen sind seit 1. April inzwischen wieder erledigt. Die Mitgliederzahl hat sich am 1. April 1918, die der werblichen von 1001 auf 1049 die Gewinn an der Zahl der männlichen Mitglieder liegt, von 1193 auf 1268, die der werblichen von 1914 auf 2317. Im Herbstsemester befinden sich noch 2131 Mitglieder, von denen bisher leider schon 259 als gefallene gemeldet sind. — Der Markenumsatz beträgt 13 Marken pro Mitglied; dieses erzielbare Ergebnis wurde mit durch das Nachzählen der restierenden Mitglieder herbeigeführt, da am 1. April die alten Marken abgeliefert wurden. Die Beitragserhöhung von 15 bis 25 Pf. je Woche hat volles Verständnis bei der Mitgliedschaft gefunden. Bis jetzt sind uns fünf Mitglieder bekannt, die die Beitragserhöhung als

brug auf 32 381 Mitglieder angestiegen. Der Krieg brachte auch ihm eine starke Erhöhung, doch hat er seinen hohen Stand bereits überwunden; er zählte am Schluß des ersten Quartals wieder 20 371 Mitglieder. Seit 25 Jahren gehören dem Verband 339 Mitglieder, darunter drei weibliche, an, die im Verbandsorgan namentlich ausgeführt werden.

Im Dachdecker-Verband

wurde über die Neuregelung der Beiträge auf den Gantagen entschieden. Sämtliche Gantage haben sich fast einstimmig dahin entschieden, daß der Wohnbeitrag auf die Höhe eines Stundenverdienstes festgelegt wird. Die neuen Beiträge werden vom 25. Mai an erhoben.

Im Fleischer-Verband

hat sich eine Konferenz der Gauloiser und der Vertreter großer Zahlstellen für die Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen ausgesprochen. Der Verbandsvorstand unterbreitete nunmehr den Mitgliedern eine Vorlage zur Urabstimmung, nach welcher Staffelbeiträge eingeführt werden sollen. Es sind fünf Beitragsklassen vorgesehen mit einem Wochenbeitrag von 30 Pf. bis 1 Mt.

Im Schneider-Verband

ist im Jahre 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder zwar von 13 326 auf 12 547 zurückgegangen, wobei aber zu beachten ist, daß mehr als 2200 im Laufe des Jahres eingezogen wurden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 7972 auf 12 923. Insgeamt stieg die Mitgliederzahl von 21 298 auf 25 470. Die Einnahmen der Verbandsklasse betragen 451 081 Mt., die Ausgaben 505 642, so daß der Kostenbestand von 971 511 Mt. auf 916 642 Mt. sinkt.

Ein Reichstarif für die Schuhindustrie.

Schon seit einiger Zeit besteht ein Reichstarif für Arbeiter aus Militärzuhörer; nunmehr ist auch ein Reichstarif für Zivilzuhörer zwischen den beteiligten Organisationen abgeschlossen worden, der am 1. Mai 1918 in Kraft getreten ist und bis zum 30. April 2019 gilt. Der Tarif legt die Arbeitszeit auf höchstens 54 Stunden fest. Für die Löhne sind fünf Oeffklassen gebildet, und außerdem richtet sich der Lohn nach dem Lebensalter des Arbeiters. Der Wochenenddienst der Altarbeiter muß um mindestens 20 Prozent, der der weiblichen Arbeiter um mindestens 10 Prozent höher sein als der Mindeststundenlohn ihrer Altersgruppe und Oeffklasse. Zu den Löhnen kommt eine Kriegszulage von 20 Prozent und eine Leistungszulage, die je nach dem Alter 1,50 Mt. bis 4 Mt. pro Woche beträgt. Außerdem wird für jedes Kind bis zu 15 Jahren ein Zuschlag von 1 Mt. wöchentlich gezahlt. Die Oeffzulage in den höheren Oeffklassen betragen 5 bzw. 10, 15 und 20 Prozent des Grundlohnes, der für die unterste Oeffklasse gilt. Die Lieferung der Fertigwaren (Putzen) ist durch den Vertrag einer Neuregelung unterzogen. Weiter enthalt der Vertrag Bestimmungen zur Einschränkung der Heimarbeit. Vorgesehen ist die Einsetzung von Arbeiterschülern und Schichtungskommissionen sowie einer Zentralratifikation.

Der Töpferverband im Jahre 1917.

Die Einnahmen haben mit den Ausgaben im Berichtsjahr nicht gleicher Schrift gehalten. Der Jahresumsatz von 112 014 Mt. steht eine Gehaltsausgabe von 139 912 Mt. gegenüber, so daß eine Mehrausgabe von 27 898 Mt. entstanden ist. Die Mehrausgabe ist auch in diesem Jahre in der Hauptstube zurückzuführen auf die besonderen Unterstützungen an Kriegsschreiner und deren Familien. Für außerordentliche Unterstützungen (Kriegs-, Not-, Weihnachts- und Ausgeteuerunterstützung) wurden während der Kriegszeit bis zum Jahresende 1917 109 055 Mt. verausgabt. Trotz dieser Mehrausgaben betrug der Verbindungsbestand am Schluß des letzten Geschäftsjahrs immer noch 277 920 Mt.

Am Schluß des Geschäftsjahrs betrug der Mitgliederbestand 2875. Zum Heeresdienst wurden bei Kriegsausbruch insgesamt 6615 Mitglieder einberufen, davon am Jahresende 1917 759 als gefallen oder verstorben gemeldet waren. Dies ist natürlich nicht die Gesamtsumme, da 90 Zahlstellen eingegangen sind, aus denen die Meldungen zweimal unterschlagen wurden.

Recht bedeutsam sind die Lohnbewegungen, die der Verband im Jahre 1917 geführt hat. Es gelang, in 8 Tagen mit 75 Betrieben und 232 Besetzten Verbesserte Tarife abzuwickeln mit einer durchschnittlichen Lohnsteigerung für alle Beteiligten von 20,2 Mt. Die Leistungszulagen, die jetzt noch von allen Verbandsmitgliedern, meist mit Unterstützung des Hauptverbandes und der noch vorhandenen Gauleiter, erreicht wurden, ergeben insgesamt Kriegszulagen für 211 Betriebe mit 711 Betrieben und 1891 Besetzten. Der Wochenedienst für alle Beteiligten wurde damit am 21.05. Mt. erhöht.

Die Verbandsleitung forderte die Mitglieder auf, endlich und überall den Verband und Tore entsprechend die Beiträge zu entrichten, wodurch nun fast ein lediglich gefundenes Schätzmaß in den Verbandszahlen zu vergrößern gewesen werden könnte.

Ausland.

Die handelspolitischen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Die gewerkschaftlichen Landeszentralen der drei handelspolitischen Länder kamen im vergangenen Jahr einen sehr großen Aufschwung zu. In Südtirol lag die Anzahl der Mitglieder von 140 812 auf 186 146. Das ist eine Zunahme von 45 334 oder 32,2 Prozent.

Der handelspolitische Gewerkschaftsbund erreichte seine Mitgliedszahl von 150 522 am 17.9.17, darunter 28 762 Frauen. Die Zunahme betrug 28 762 Mitglieder. Die Zentrale amtierte beim Jahresende 33 Verbände mit zusammen 1671 Gewerkschaftsvertretungen, davon 218 neuerrichtete.

Die gewerkschaftlichen Landeszentralen Norwegens hatte einen Zugang von über 11 600 Mitgliedern. Die Gewerkschaftszahl lag vor 1914 mit zusammen über 65 000 Mitgliedern — brauchten nur circa 3000 Mitglieder in 14 Zentralen zur Arbeitsaufstellung zu greifen.

Das Streitrecht in Amerika eingehalten.

Die Verhandlungen der amerikanischen Regierung mit dem Senat und gegen 25 Gewerkschaften, die ein Streitrecht der amerikanischen Arbeiter für die Dauer des Kriegs nicht anzuerkennen wünschten, waren nachdrücklich zunächst der Seite der Unterwerfungsfeststellung für alle Arbeiter, also nicht nur der amerikanischen, eingehalten.

Rundschau.

Die Disziplin der jungen Soldaten.

Die Kriegszeit kann jeder Deutung mit der Sollentlastung des jungen Soldaten entgehen. Die Disziplin beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahrs, in dem der Kriegsbeginn das jüngste Vorkommen ist. Der Beginn des Kriegs und der Beginn der Kriegszeit ist eine andere Sache, die nicht mit dem Kriegsbeginn zusammenfällt. Es entsteht nun die Verbindung, daß gegen jungen Soldaten die im Kriegsbeginn getroffene Disziplin nicht anwendbar wird. Diese Art erhebliche Differenz in der Beziehung des Kriegsbeginns vom 22. April 1918.

Die Kriegszeit wird mit der spätesten einer jungen Soldaten eingetretener Zeit — gleichzeitig mit dem ersten Tag der Kriegszeit — beginnen und mit dem letzten Tag der Kriegszeit enden. Dies ist der einzige Kriegszeitpunkt, der nicht mit dem Kriegsbeginn zusammenfällt.

Für die Kriegszeit, die nach dem ersten Tag der Kriegszeit beginnt, soll die Disziplin einer jungen Soldaten eingehalten werden, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.

Die Kriegszeit ist diejenige eines Kriegsbeginns eingehalten, nicht länger.

Kriegszeitpunkt, der im Kriegsbeginn noch keine endgültige Entscheidung erhebt und sich bei der Kriegszeitstellung im weiteren Verlauf verändert, werden jedoch jenseits der spätesten jungen Soldatenzeit — später als der Kriegszeit — für den jungen Soldaten eine Kriegszeitstellung geben und mit dem Kriegsbeginn zusammenfallen.